

Veröffentlicht in: Schoen, Harald, and Robert Greszki, 2015: *Gemeinsames Regieren, getrennte Rechnungen. Bürgerurteile über die Regierung Merkel II und Wahlverhalten 2013*, in: Zohlnhöfer, Reimut, and Thomas Saalfeld (eds.), *Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013*, Wiesbaden: Springer VS, 25-48.

Gemeinsames Regieren, getrennte Rechnungen.

Bürgerurteile über die Regierung Merkel II und Wahlverhalten 2013

Governing jointly, being evaluated separately.

Citizens' evaluations of government performance and vote choice in the 2013 election

Harald Schoen / Robert Greszki

Abstract

This paper addresses the question of whether and how evaluations of government performance affected vote choice in the 2013 federal election. Utilizing data from an online survey conducted in the run-up to the 2013 election, it first shows that voters perceived and evaluated governing parties quite differently. After a sharp decline in early 2010, CDU/CSU evaluations recovered and were quite favorable in the run-up to the 2013 election. By contrast, the FDP was evaluated poorly throughout the 2009-2013 period. What is more, the analysis demonstrates that evaluations of the CDU's, the CSU's, and the FDP's performance affected vote choice independently. Accordingly, favorable CDU/CSU evaluations earned the CDU/CSU additional votes while they cost the FDP votes. By the same token, negative FDP evaluations turned out to be beneficial for the CDU/CSU and detrimental for the FDP at the ballot box. In terms of theory, the evidence does not support the chancellor model which suggests that evaluations of government performance will affect only voting behavior for the chancellor's party but not for its coalition partners. Instead the evidence suggests that voters form party-specific evaluations of government performance and rely on them differentially when they deciding upon whom to vote for.

1. Einleitung

Die Bundestagswahl 2013 sorgte für größere quantitative Verschiebungen als ihre Vorgängerinnen seit den fünfziger Jahren und erschütterte manche (vermeintliche) Gewissheit. Neben dem Aufstieg und Beinahe-Parlamentseinzug der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD) darf dabei das sehr ungleiche Abschneiden der Regierungsparteien als besonders bemerkenswert gelten. Die Unionsparteien konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Wahl 2009 um 7,7 Prozentpunkte auf 41,5 Prozent steigern und damit erstmals seit 1994 wieder die 40-Prozentmarke überwinden, was vor der Wiedervereinigung lange als Selbstverständlichkeit galt. Die Liberalen hingegen stürzten von ihrem besten bundesrepublikanischen Wahlergebnis im Jahr 2009 um 9,8 Prozentpunkte ab und scheiterten mit 4,8 Prozent der gültigen Stimmen erstmals knapp an der Fünfprozenthürde (Bundeswahlleiter 2013). Machtpolitisch bedeutsam ist vor allem das knappe Scheitern der FDP am Wiedereinzug in den Bundestag, da es die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition unmöglich machte. Unabhängig von machtpolitischen Implikationen ist die eklatante Divergenz zwischen dem elektoralen Höhenflug der Unionsparteien und dem Absturz der FDP bemerkenswert, da Koalitionspartner in der bundesdeutschen Geschichte vorher noch nicht derart unterschiedliche Entwicklungen in der Wählergunst nahmen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich – noch eindringlicher als 2009, als die SPD dramatische Verluste hinnehmen musste, während die Unionsparteien lediglich kleinere Einbußen verbuchten – die Frage, wie gemeinsam regierende Parteien so unterschiedliche elektorale Entwicklungen nehmen können. Wahlverhalten spiegelt in gewissem Maße Bewertungen zurückliegender (Fehl-) Leistungen wider (z.B. Miller/Shanks 1996; Clarke et al. 2004: 50-78, 94-123; 2009). Folgt man dieser Lesart, kann eine Erklärung für divergente elektorale Entwicklungen darin liegen, dass Bürger sich Urteile über die Regierungsarbeit bilden, aber nicht alle Koalitionspartner für das Handeln der Regierung verantwortlich machen (Bytzek 2012; Hobolt/Karp 2010; Schoen 2010). Bedenkt man die herausragende Rolle von Regierungschefs im politischen Geschehen, insbesondere in Zeiten europäischer Krisengipfeldiplomatie, in Wahlkämpfen und in der Medienberichterstattung, liegt die Vermutung nahe, dass Bürger bevorzugt die Partei des Regierungschefs mit dem Regierungshandeln in Verbindung bringen. Dementsprechend würden Urteile über die Regierungsleistung vorrangig die Wahlentscheidung für dessen Partei beeinflussen, nicht jedoch

die Wahlentscheidung zugunsten anderer Koalitionspartner. Dieses Modell, das in Bezug auf das Abschneiden der Parteien der Großen Koalition bei der Wahl 2009 angewandt wurde (Bytzek 2012; Schoen 2010), fußt auf der Annahme, dass Bürger die Leistung der Regierungsparteien nicht separat beurteilen, zumindest aber bei der Wahlentscheidung lediglich auf summarische Regierungsbewertungen zurückgreifen. Diese Prämisse erscheint nicht sehr plausibel. Denn Bürger sind durchaus in der Lage, politische Akteure, seien es Politiker oder Parteien, separat und differentiell zu bewerten. Wenn sie Koalitionsparteien gesondert bewerten, wäre es erklärungsbedürftig, weshalb sie bei der Wahlentscheidung auf summarische Urteile zurückgreifen sollten. Damit könnte man möglicherweise dann rechnen, wenn Parteien explizit einen Koalitionswahlkampf führten, um ihr Regierungsbündnis fortsetzen zu können. Von einer zwischen CDU, CSU und FDP wohlabgestimmten Koalitionskampagne kann in Bezug auf das Jahr 2013 sicherlich nicht die Rede sein. Wir vermuten daher, dass bei der Bundestagswahl 2013 Bürger parteispezifische Urteile über die Regierungsleistung gebildet hatten und diese in ihre Wahlentscheidung einfließen ließen. In dieser Vorstellung kann jede Regierungspartei damit rechnen, von Wählern für (wahrgenommene) Leistungen und Fehler belohnt bzw. bestraft zu werden. Sie hätten also nicht nur einen Anreiz zu einer insgesamt als gut wahrgenommenen Regierungsleistung, sondern dazu, je für sich eine Leistung zu erbringen, die von Bürgern goutiert wird. Daraus könnten sie auch folgern, weniger auf den Gesamterfolg der Regierung zu achten, sondern ihr Heil in Eigenprofilierung, und zwar durchaus auf Kosten der Koalitionspartner, zu suchen.

Im vorliegenden Beitrag betrachten wir daher die Urteile der Bürger über die Arbeit der zweiten Regierung Merkel. Zunächst zeichnen wir die Entwicklung der Bürgerurteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien im Verlauf der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags nach und analysieren die Bestimmungsgrößen dieser Urteile kurz vor der Wahl 2013. Anschließend wenden wir uns der Wirkung von generalisierten und parteispezifischen Urteilen über die Regierungsleistung auf das Wahlverhalten bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag zu. Abschließend fassen wir zentrale Befunde unserer Untersuchung zusammen und diskutieren diese.

2. Die Regierung Merkel II im Spiegel der öffentlichen Meinung

Die christlich-liberale Koalition unter Angela Merkel nahm im Herbst 2009 rasch ihre Arbeit auf. Die Koalitionsverhandlungen dauerten bis zum 24. Oktober 2009 an. Viereinhalb Wochen nach der Bundestagswahl wählte der Bundestag Angela Merkel mit Kanzlermehrheit, wenngleich nicht mit allen Stimmen aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, wieder zur Kanzlerin. So konnte das zweite Kabinett Merkel im Oktober 2009 vereidigt werden und seine Arbeit aufnehmen. Auf den ersten Blick ein reibungsloser Start, wie man es bei einem Bündnis erwarten konnte, das bereits Jahre zuvor als „Wunschkoalition“ titulierte worden war und die Möglichkeit zum „Durchregieren“ – so die zeitgenössischen Termini – hatte.

Tatsächlich misslang der neuen Regierung jedoch der Start. Rasch geriet sie in der Öffentlichkeit in den Ruch, Parteispenden mit Policy-Entscheidungen zu entgelten („Mövenpick-Affäre“) und erweckte weniger den Eindruck eines eingespielten Regierungsbündnisses als einer zerstrittenen Schar von Einzelakteuren („Gurkentruppe“). So ist es nicht verwunderlich, dass das in Meinungsumfragen gemessene öffentliche Ansehen der Bundesregierung rapide sank. Wie die Ergebnisse der regelmäßigen Politbarometer-Befragungen in Abbildung 1 zeigen, wurde die Leistung der Regierung ab Beginn des Jahres 2010 negativ bewertet. In der Mitte dieses Jahres erreichte das Ansehen der Regierung seinen Tiefpunkt bei einer deutlich negativen durchschnittlichen Bewertung von etwa -0,3 auf einer -1 bis +1 reichenden Skala (siehe Abbildung 1).

Im Laufe der Legislaturperiode stieg die mittlere Zufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung wieder merklich an. Über alle politischen Kehrtwenden – man denke an den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie und den eiligen Einstieg in die „Energiewende“ nach dem Atomunfall in Fukushima –, Skandale – erinnert sei an den tiefen Fall von Karl-Theodor zu Guttenberg – und immer neuen Bemühungen, Symptomen und Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise Herr zu werden, hinweg, gewann die Regierung allmählich an öffentlichem Ansehen zurück. Anfang 2012 war die mittlere Zufriedenheit mit der Performanz der Regierung wieder bei dem neutralen Wert angekommen. In den Jahren 2012 und 2013 stieg die mittlere Zufriedenheit weiter leicht an, so dass die Bundesregierung am Ende der Legislaturperiode besser bewertet wurde als zu ihrem Amtsantritt.

- Abbildung 1 etwa hier -

Entspricht dieses Muster gängigen Befunden zur zyklischen Entwicklung der Regierungspopularität (siehe dazu Dinkel 1977; Burkhart 2005), so fügen sich die Ergebnisse zur parteispezifischen Zufriedenheit nur bedingt in diese Interpretation. Bereits zu Beginn der Amtszeit waren die Bürger mit der Arbeit der Unionsparteien zufriedener als mit der Regierung insgesamt, während sie die Arbeit der FDP in der Bundesregierung deutlich schlechter bewerteten. In der Folgezeit entwickelte sich das Ansehen der Regierungsparteien auf unterschiedlichen Niveaus zunächst praktisch parallel. Als im Jahr 2011 die Bundesregierung allmählich wieder an Ansehen zu gewinnen begann, entwickelten sich die durchschnittlichen Bewertungen der Koalitionspartner auseinander. Während die Unionsparteien ebenfalls einen Ansehensgewinn verbuchen konnten, verharrte die FDP bei ihrer schlechten Bewertung, worin vermutlich unter anderem die andauernden Personalquerelen in der Partei ihren Niederschlag fanden. Zwischen Bundesregierung und Unionsparteien einerseits und der FDP andererseits öffnete sich so allmählich eine Kluft im öffentlichen Ansehen. Zeitweise lagen zwischen beiden Koalitionspartner auf der Zufriedenheitsskala 0,5 Punkte, was einem Viertel der von -1 bis +1 reichenden Bewertungsskala entspricht und eine tiefe Ansehenskluft anzeigt. Erst gegen Ende der Legislaturperiode wurde die Kluft wieder kleiner und schrumpfte auf rund 0,3 Punkte. Aber selbst das ist eine deutliche Diskrepanz, die darauf hindeutet, dass die Deutschen die Regierungsparteien differenziert wahrnahmen.

Die Entwicklung der mittleren Bewertungen im Laufe der Legislaturperiode legt zwei Folgerungen nahe. Zum einen ähneln die Urteile über die Regierung den Bewertungen der Unionsparteien wesentlich stärker als jenen der FDP. Dieser Befund steht in Einklang mit der Vermutung, dass die Partei des Regierungschefs in der öffentlichen Wahrnehmung das Bild von der Regierung wesentlich prägt und primär für die Regierungsleistung verantwortlich gemacht wird. Zum anderen schnitt die Union im Urteil der Bürger wesentlich besser ab als die FDP. Diesen Unterschied kann man auf generelle Unterschiede im Erscheinungsbild der Koalitionspartner zurückführen, aber auch damit in Verbindung bringen, dass positive und negative Leistungen der Regierung ungleichmäßig bei den Koalitionspartnern verbucht wurden. Dabei kann man nur darüber spekulieren, inwieweit der präsidiale Regierungsstil der Kanzlerin und ihre regelmäßigen Auftritte als Vertreterin deutscher Interessen auf internationalen Gipfeln zu dem vorteilhaften Eindruck von der Union in der Regierung beitrugen.

Nachdem wir die Entwicklung im Verlauf der Legislaturperiode nachgezeichnet haben, wollen wir nun die Urteile über die Regierung und die Regierungsparteien bei der Bundestagswahl 2013 genauer analysieren. Dazu greifen wir auf Daten aus einer im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundeswahl 2013 durchgeführten Online-Befragung zurück.¹ Die Auswahlgesamtheit bildeten die über 17-jährigen Mitglieder eines offline via RDD rekrutierten Online-Panels mit deutscher Staatsangehörigkeit. Der Datensatz umfasst 1.012 Befragte und wurde vom 6. September bis zum 21. September 2013 erhoben. Bei der Auswahl der Befragten wurde mittels Quotierung darauf geachtet, die Zusammensetzung der Stichprobe im Hinblick auf Geschlecht, Alter und formale Bildung an jene der wahlberechtigten Bevölkerung anzunähern. Auf diese Weise sollen einerseits für telefonische Rekrutierung übliche Verzerrungen sowie für Onlinebefragungen typische Stichprobenprobleme reduziert werden (z.B. Faas/Schoen 2009). Trotz der Offline-Rekrutierung der Teilnehmer für das Online-Panel können systematische Verzerrungen bei der Befragtenauswahl nicht ausgeschlossen werden, da unter anderem der Zugang zum World Wide Web eine Voraussetzung zur Panelteilnahme ist. Auf dieser Basis gewonnene Ergebnisse können daher nicht ohne weiteres auf das gesamte Elektorat verallgemeinert werden.

In einem ersten deskriptiven Schritt betrachten wir die generelle Zufriedenheit mit der Bundesregierung sowie mit deren Leistung im Umgang mit der europäischen Schuldenkrise. Darüber hinaus liegen uns Informationen über die Zufriedenheit mit der Leistung der drei Regierungsparteien CDU, CSU und FDP vor. Die im linken Teil von Abbildung 2 zusammengestellten Ergebnisse zeigen, dass die Leistung der Bundesregierung auf einer von -1 bis +1 reichenden Skala im Durchschnitt praktisch neutral – und damit etwas schlechter als in den Politbarometerdaten² – beurteilt wurde. Die Leistung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Schuldenkrise bewerten die Befragten etwas schlechter. Wie über weite

¹ Die Daten, die in diesem Beitrag verwendet werden, wurden von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zugänglich gemacht. Die Daten der Online-Umfrage wurden im Vorfeld der German Longitudinal Election Study (Komponente 8: Langzeit-Online-Tracking) erhoben von Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim), Prof. Dr. Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin) und Prof. Dr. Christof Wolf (GESIS). Sie wurden von GESIS für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

² Die Abweichung zwischen den Politbarometer-Ergebnissen und den Befunden aus der hier verwendeten Online-Befragung sind zu einem Teil auf den im Vergleich zum Bevölkerungsquerschnitt zu niedrigen Anteil von Unionsanhängern bzw. -wählern zurückzuführen. In den folgenden Analysen wird auf eine entsprechende Umgewichtung der Daten verzichtet, da sie zwar die Randverteilungen verändert, aber die wesentlichen Befunde zu Zusammenhängen unberührt lässt.

Strecken der Legislaturperiode bereits erkennbar, unterscheiden die Befragten deutlich zwischen den drei Regierungsparteien. Die CDU wird im Durchschnitt deutlich besser bewertet als die Regierung insgesamt, die beiden anderen Regierungsparteien hingegen deutlich schlechter. Die CSU erhält eine leicht negative Bewertung, während die FDP von den Befragten ausgesprochen kritisch beurteilt wird. Offenbar beurteilen Bürger auch CDU und CSU recht unterschiedlich: Die CDU wird, wie die Union in den Politbarometerdaten, besser bewertet als die Bundesregierung, die CSU hingegen schlechter. Das deutet darauf, dass in summarische Urteile über die Union stärker Eindrücke von der CDU als von der CSU einfließen.

- Abbildung 2 etwa hier -

Im rechten Teil von Abbildung 2 ist zu erkennen, dass Urteile über die Leistung der Bundesregierung und der Regierungsparteien in erheblichem Maße von Parteibindungen (z.B. Falter et al. 2000; Greene 1999; Lodge/Taber 2013) vorgeprägt sind. Anhänger der Unionsparteien und der FDP bewerten die Leistungen der Bundesregierung und der Regierungsparteien überdurchschnittlich gut. Spiegelbildlich dazu geben Anhänger von SPD und Grünen deutlich negativere Urteile als die Gesamtstichprobe, erst recht aber als Anhänger der Regierungsparteien. Besonders stark ist die Polarisierung entlang von Parteilinien bei den Urteilen über die FDP-Leistung ausgeprägt, die SPD- und Grünen-Anhängern um beinahe einen Skalenpunkt schlechter bewerten als die FDP-Anhänger.

Der Parteipolarisierung sind aber auch Grenzen gesetzt. Bemerkenswert sind hier vor allem zwei Befunde. Zum einen spielen Parteibindungen bei Urteilen über die Leistung der Bundesregierung in der Schuldenkrise eine vergleichsweise kleine Rolle. Darin dürfte die Tatsache ihren Niederschlag finden, dass die Bundesregierung in diesen Fragen häufig in Übereinstimmung mit einem großen Teil der parlamentarischen Opposition handelte.³ Zum anderen fällt ins Auge, dass sich Anhänger von SPD und Grünen in ihren Urteilen über die CDU, also die größte Regierungspartei, nicht von den Personen ohne Parteibindung unterscheiden. Das ist erstaunlich und deutet darauf hin, dass es der CDU gelungen ist, mit ihrer Regierungsarbeit

³ Diesen Eindruck unterstreichen die relativ niedrigen Korrelationen zwischen den auf die Schuldenkrise bezogenen Urteilen und den generalisierten Urteilen über die Regierung (nicht tabellarisch ausgewiesen).

und der Kanzlerin⁴ auch für Anhänger des „rot-grünen Lagers“ durchaus akzeptabel zu erscheinen. SPD und Grünen erleichterte diese geringe Polarisierung die Zuspitzung im Wahlkampf und damit die Mobilisierung nicht. Für die Union, und vor allem die CDU, dürfte sich aus dieser Konfiguration, die mit dem präsidentialen Stil der Regierungschefin und dem programmatischen Wandel der CDU, man denke an die Energie- und die Familienpolitik, zusammenhängen könnte, ein Potential für Stimmengewinne ergeben haben. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Performanzurteile das Wahlverhalten überhaupt beeinflussten.

3. Retrospektive Leistungsbewertungen und Wahlverhalten

Die Deutschen hatten sich vor der Wahl 2013, wie die vorausgegangene Analyse zeigt, durchaus differenzierte Urteile über die Arbeit der christlich-liberalen Koalition gebildet. Diese Urteile konnten sie nutzen, um mit der Wahlentscheidung ein bilanzierendes Votum über die Arbeit der zweiten Regierung Merkel abzugeben. Sie hätten also – je nach Wahrnehmung – gute Leistungen belohnen oder Fehlleistungen bestrafen können. Retrospektives Wahlverhalten dieser Art kann aus demokratiethoretischer Sicht als funktional gelten. Denn es bietet Amtsinhabern gewisse Anreize dazu, bei ihrem Handeln nicht zu vergessen, dass sie letztlich von den Wahlberechtigten zur Verantwortung gezogen werden können (Key 1966; Fiorina 1981).

Mag es auch aus bestimmten demokratischen Perspektiven wünschenswert sein, so ist diese Form retrospektiven Wählens nicht selbstverständlich. Wahlberechtigte können Urteile über die Regierungsleistung nur dann sinnvoll bei ihrer Wahlentscheidung nutzen, wenn sie erkennen, dass bestimmte Akteure, die zur Wahl stehen, mit der Regierungsbilanz in Verbindung gebracht werden können. Parteien als auf Dauer gestellte korporative Akteure erleichtern das. Bei der Bundestagswahl 2013 herrschte sogar personelle Kontinuität, da das Spitzenpersonal der Regierungsparteien in den Wahlkampf zog. Gleichwohl garantiert eine solche Konstellation nicht, dass Urteile über die Regierung das Stimmverhalten zugunsten aller Regierungsparteien gleichermaßen beeinflussen. Gerade in Koalitionsregierungen können die beteiligten Parteien von Bürgern in unterschiedlichem Maße als einflussreich in der Regierung und verantwortlich für das Regierungshandeln wahrgenommen werden. So wurde die Große Koalition unter Angela Merkel von den Bürgern als vorwiegend von den Unionsparteien geprägt wahrgenommen, und Urteile

⁴ Strukturell ähnliche Ergebnisse resultieren für die Bewertung von Angela Merkel (nicht tabellarisch ausgewiesen).

über die Große Koalition beeinflussten 2009 die Entscheidung für die Union, nicht jedoch für die SPD (Bytzek 2012; Schoen 2010). Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Ergebnisse deuten darauf hin, dass vor der Wahl 2013 die Bundesregierung von den Bürgern sehr stark mit den Unionsparteien, zuvorderst der CDU und in geringerem Maße mit der FDP assoziiert wurde. Das könnte dafür sprechen, dass im Jahr 2013 die Bewertung der Bundesregierung in erster Linie oder gar ausschließlich die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien beeinflusste.

Aus Sicht der FDP würde das bedeuten, dass sie von der insgesamt eher positiven Bewertung der Bundesregierung nicht profitieren könnte. Sie würde also nicht besser abschneiden nur aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung. Es würde aber auch bedeuten, dass die FDP an der Wahlurne nicht unter der – wie oben dargestellt – schlechten Bewertung ihrer Regierungsarbeit zu leiden hätte. Dieses Ergebnis wäre für die FDP vermutlich politisch opportun, ist aber nicht sehr plausibel. Bürger mögen bei der Bewertung von Koalitionspartnern infolge knapper Informationen und mangelnder Motivation sowie strategischer Kommunikation auf Elitenseite generalisieren. Wenn sie jedoch – wie im vorliegenden Fall – parteispezifische retrospektive Bewertungen entwickelt haben, dürften sie nur unter besonderen Bedingungen – etwa unter dem Eindruck eines Koalitionswahlkampfes – bei der Wahlentscheidung ausschließlich auf generalisierte Urteile über die Regierungsarbeit zurückgreifen.⁵ Politisch gewendet heißt das, dass nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung dominante Koalitionspartner für die Regierungsleistung belohnt oder bestraft werden können. Vielmehr stehen alle Regierungsparteien in der Pflicht und zwar vor allem für die ihnen individuell zugeschriebene Leistung.

Um diese Vermutungen zu prüfen, wurden verschiedene Analysen durchgeführt. Zum einen wurde geprüft, inwieweit generalisierte Urteile über die Arbeit der Bundesregierung die Wahlentscheidung 2013 beeinflussten. Entsprechend dem Forschungsstand und den Bürgerperzeptionen vor der Wahl 2013 ist damit zu rechnen, dass diese Urteile in erster Linie oder ausschließlich die Unionswahl beeinflussten. Dieser Argumentation folgend, ist auch für die Bewertung der Regierungsleistung in Bezug auf die europäische Schuldenkrise ein Effekt auf die Unionswahl plausibler als auf die FDP-Wahl. Allerdings kann man nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass diese themenspezifischen Bewertungen der Regierungsleistung das Wahlverhalten

⁵ Auf Parteien oder Regierungskoalitionen bezogene Leistungsbewertungen können unter anderem vermittelt über Koalitionspräferenzen in die Wahlentscheidung einfließen (siehe zu dieser Diskussion etwa Hobolt/Karp (2010)). Dabei können partei- und koalitionsbezogene retro- und prospektive Urteile auch unter Berücksichtigung verschiedener taktischer Überlegungen wirksam werden (z.B. Kedar 2005a, 2005b).

überhaupt beeinflussten. Setzte doch ein im gesamten Elektorat erkennbarer Effekt voraus, dass für eine hinreichend große Zahl von Stimmbürgern diese Leistungsdimension salient war (Campbell et al. 1960: 169-171). Auch wenn die Schuldenkrise die Legislaturperiode und die Wahl überschattete, war dieser komplexe und komplizierte Gegenstand in der Wahlkampfkommunikation wenig präsent. Daher könnte diese themenspezifische Bewertung der Regierungsleistung ohne Wirkung auf das Wahlverhalten geblieben sein.

Zum anderen wurden die parteispezifischen Leistungsbewertungen als Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung betrachtet. Diese Analyse erlaubt es zu prüfen, ob die recht unterschiedlichen Bewertungen der drei Regierungsparteien die Wahlentscheidung eigenständig beeinflussten. Insbesondere kann die Vermutung geprüft werden, dass Wirkungen parteispezifischer Leistungsbewertungen unterschiedlichen Mustern folgen. Nimmt man einen moderaten koalitionsinternen elektoralen Wettbewerb an, sollten FDP-bezogene Bewertungen vor allem das Wahlverhalten zugunsten der FDP beeinflussen, während CDU- und CSU-bezogene Retrospektivurteile in erster Linie auf die Wahl der beiden Unionsparteien wirken sollten. Unterstellt man scharfe koalitionsinterne Konkurrenz, würden vorteilhafte Urteile über die FDP die Wahl zugunsten dieser wahrscheinlicher werden lassen, die Unionswahl hingegen weniger wahrscheinlicher; für Bewertungen der Performanz von CDU und CSU sollten spiegelbildliche Muster resultieren.

Um Einflüsse generalisierter, themen- und parteispezifischer Leistungsbewertungen zu untersuchen, wurden diese Merkmale als unabhängige Variable in multinomiale logistische Regressionsmodelle aufgenommen. Als abhängige Variable diente die Wahlentscheidung, wobei zwischen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Alternative für Deutschland (AfD) unterschieden wurde und die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien als Referenzkategorie definiert wurde (siehe zu dieser und den folgenden Operationalisierungen den Anhang). Um zu vermeiden, dass Einflüsse der in der vorliegenden Analyse zentralen Prädiktorvariablen überschätzt werden, wurde eine Reihe von Merkmalen als Kontrollvariablen berücksichtigt. Dabei handelt es sich um Merkmale, die Bewertungen der Regierungsperformanz und das Wahlverhalten beeinflussen können. Im Einzelnen haben wir Parteibindungen (Falter et al. 2000) und die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, mit der ideologische Vorstellungen abgebildet werden sollen, berücksichtigt. Allerdings kann man nicht selbstverständlich davon ausgehen, dass damit alle relevanten Grundorientierungen bei allen Bürgern in gleicher Weise abgebildet werden (z.B. Jagodzinski/Kühnel 1994; Trüdinger/Bollow

2011). Daher verwenden wir neben diesem generischen Maß Indikatoren für spezifische politische Grundorientierungen. Insbesondere berücksichtigen wir Haltungen zu Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Gesellschaftspolitik, die im vorliegenden Datensatz mit Haltungen zu Immigration gemessen werden, die nicht zuletzt in exklusiven Vorstellungen von nationaler Identität wurzeln. Zusätzlich betrachten wir die Haltung zu Transferzahlungen Deutschlands an Krisenstaaten in der Schuldenkrise als Indikator für europapolitische Präferenzen. Gerade in diesem Fall ist allerdings nicht auszuschließen, dass nicht ausschließlich längerfristige Orientierungen gemessen werden, sondern die Messwerte auch kurzfristige Einflüsse, etwa des Regierungshandelns, abbilden. Ebenso untersuchen wir den Einfluss der wahrgenommenen allgemeinen Wirtschaftslage, die zwar als relativ „unpolitischer“ Faktor gilt, aber Wahlverhalten und Urteile über Regierungen unabhängig von politischen Grundhaltungen beeinflussen kann (z.B. Steiner/Steinbrecher 2012). Darüber hinaus berücksichtigten wir Bewertungen der Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke sowie zwei Variablen, die erfassen, ob die Befragten den Unionsparteien oder SPD die Kompetenz zuschreiben, das aus Sicht der Befragten wichtigste politische Problem in Deutschland zu lösen.⁶

Diese Analysestrategie stützt sich auf die Annahme, dass die soeben angeführten Kontrollvariablen Leistungsbewertungen beeinflussen, nicht aber von diesen beeinflusst werden. Mit Hilfe der vorliegenden Querschnittsdaten lässt sich die Gültigkeit dieser Annahme nicht prüfen. Sie erscheint jedoch in den meisten Fällen, man denke etwa an Parteibindungen oder die Links-Rechts-Positionierung, plausibel. Speziell im Falle der Kandidatenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass diese ihrerseits von den retrospektiven Leistungsbewertungen beeinflusst wurden. Beispielsweise können Erfahrungen mit der Arbeit der Bundesregierung in Urteile über Angela Merkel und die Kompetenzurteile über die Unionsparteien eingeflossen sein. Soweit das zutrifft, unterschätzt das oben spezifiziertere Modell den Einfluss der Leistungsbewertungen. Um zu vermeiden, dass die Leistungsbewertungen als weniger bedeutsam dargestellt werden, als sie tatsächlich sind, wurden die Regressionsmodelle ergänzend unter Ausschluß der Kandidatenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen geschätzt. Im Ergebnis erhielten wir so eine optimistische und eine

⁶ Werden Einstellungen zum Vorsitzenden der CSU, Horst Seehofer, berücksichtigt, resultieren lediglich marginal veränderte Ergebnisse. Ebenso bleiben die Ergebnisse bei zusätzlicher Kontrolle sozialstruktureller Merkmale im Wesentlichen intakt.

konservative Schätzung des Einflusses, dem hier unser Hauptaugenmerk gilt (Jagodzinski/Kühnel 1990; Schoen 2008: 82-83).

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse des multinomialen logistischen Regressionsmodells zur Rolle der generalisierten Regierungsbewertung bei der Wahlentscheidung 2013 unter Berücksichtigung sämtlicher Kontrollvariablen dargestellt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Kontrollvariablen im Allgemeinen plausible, direkte Wirkungen entfalten. Beispielsweise prägen Parteibindungen und politikfeldspezifische Grundorientierungen das Stimmverhalten auf plausible Weise, und zwar selbst dann, wenn Leistungsbewertungen, Kandidatenorientierungen und Kompetenzzuschreibungen kontrolliert werden. Die Links-Rechts-Selbsteinstufung erweist sich unter diesen Bedingungen als weitgehend einflusslos, doch schließt dies nicht indirekte Effekte aus. Kompetenzzuschreibungen und Kandidatenbewertungen hängen ebenfalls plausibel mit der Wahlentscheidung zusammen. Bemerkenswert und aufschlussreich erscheint dabei die offenbar deutlich positive Wirkung von Urteilen über Gregor Gysi, den Spitzenkandidaten der Linkspartei, auf die Wahl der AfD.⁷ Ganz ähnliche Ergebnisse resultieren in den Modellen, in denen die anderen retrospektiven Leistungsbewertungen berücksichtigt sind (siehe Anhang).

- Tabelle 1 etwa hier -

Die Bedeutung der verschiedenen retrospektiven Leistungsbewertungen für die Wahlentscheidung lässt sich an den Ergebnissen multinomialer logistischer Regressionsmodelle nicht ohne weiteres ablesen. Daher haben wir auf der Grundlage der logistischen Regressionsmodelle durchschnittliche marginale Effekte der Leistungsbewertungen als summarischen Indikator für deren Bedeutung ermittelt (z.B. Mood 2010). Die entsprechenden Ergebnisse sind in den Tabellen 2 und 3 zusammengestellt. In Tabelle 2 finden sich die Ergebnisse mit allen Kontrollvariablen, in Tabelle 3 jene zu den Modellen ohne Kandidatenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen.

⁷ Bewertungen des AfD-Spitzenkandidaten Bernd Lucke wurden in dem Interview ebenfalls erfragt. Jedoch traute sich deutlich mehr als Hälfte der Befragten kein Urteil über ihn zu. Da Urteile über die Person Bernd Luckes nur bei wenigen Stimmberechtigten das Stimmverhalten beeinflussen konnten, wurde auf entsprechende Variable in den Regressionsmodellen verzichtet.

Den Ergebnissen lässt sich entnehmen, dass die Urteile über die Arbeit der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Schuldenkrise nur dann einen statistisch nachweisbaren Effekt erzielen, wenn man das weniger konservative Modell zu Grunde legt. In diesem Fall profitieren die Unionsparteien von positiven Bewertungen, die AfD von negativen; Wahlverhalten zugunsten der anderen Parteien bleibt davon hingegen unberührt. Berücksichtigt man Kandidatenbewertungen und Kompetenzzuschreibungen, insbesondere jene zu Angela Merkel bzw. zur Union, lassen sich kaum nennenswerte Wirkungen nachweisen. Die Kausalbeziehungen zwischen diesen Merkmalen lassen sich mit den vorliegenden Daten nicht klären. Daher folgern wir, dass die vorgestellten Befunde allenfalls schwache Anhaltspunkte für eigenständige direkte Einflüsse von Urteilen über die Regierungsleistung im Zusammenhang mit der Schuldenkrise liefern.

Im Hinblick auf die generalisierte Leistungsbewertung finden sich hingegen selbst bei konservativer Modellierung deutliche Anzeichen für Wirkungen. Demnach profitierten die Unionsparteien von positiven Urteilen über die Leistung der Bundesregierung, während die Linkspartei Kritik an der Arbeit der Bundesregierung auf ihre elektoralen Mühlen lenken konnte. Wahlverhalten zugunsten der FDP blieb selbst in der weniger konservativen Modellierung von der Zufriedenheit mit der Bundesregierung unberührt. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass wie bereits bei der Bundestagswahl 2009, generalisierte Urteile über die Regierungsleistung allein der Parteienformation der Regierungschefin zugute kamen oder schaden, nicht jedoch deren Koalitionspartner. Neben dieser Asymmetrie in der Regierungskoalition fällt eine weitere Besonderheit zwischen Regierung und Opposition ins Auge. Denn Bündnis 90/Die Grünen konnten sich Unmut über die Regierungsleistung überhaupt nicht zunutze machen. Zugunsten von SPD und AfD wirkt sich Kritik an der Regierung lediglich in einem Modell aus, in dem nicht Urteile über die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende statistisch kontrolliert werden. Anders gewendet: In dem Maße, in dem Bürger ihre durchschnittlich positiven Urteile über Angela Merkel als Heuristik nutzten, um die Leistung der Bundesregierung zu bewerten, blieben diese Bewertungen ohne Wirkung auf das Wahlverhalten zugunsten von SPD und AfD.

- Tabellen 2 und 3 etwa hier -

Die bislang dargestellten Ergebnisse entsprechen der Vorstellung, Bürger entwickelten generalisierte Urteile über Koalitionsregierungen, ließen diese jedoch nur oder wenigstens primär in Wahlverhalten zugunsten der Partei des Regierungschefs einfließen. Nun ist zu prüfen, ob sich diese Schlußfolgerung bestätigt, wenn parteispezifische Leistungsbewertungen betrachtet werden (siehe für die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression die Tabelle im Anhang). Die entsprechenden Befunde in Tabelle 2 und 3 deuten darauf hin, dass die parteispezifischen Urteile über die Regierungsleistung auf das Wahlverhalten wirkten und dabei differentielle Effekte auftraten. Positive Bewertungen der CDU-Leistung begünstigten die Unionswahl und schwächten die Bereitschaft zur FDP-Wahl deutlich ab. Von den – im Durchschnitt deutlich kritischeren – Urteilen über die FDP in der Regierungsverantwortung gingen dazu spiegelbildliche Wirkungen aus. Diese Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass Wahlberechtigte vor der Bundestagswahl 2013 die Regierungsparteien nicht nur unterschiedlich beurteilten, sondern ihre parteispezifischen Performanzurteile auch bei der Wahlentscheidung zielgerichtet einsetzten. Dabei fällt auf, dass der Effekt der generalisierten Regierungszufriedenheit auf die Unionswahl dem Befund zur CDU-Performanz ähnelt, während der Koeffizient der generalisierten Regierungszufriedenheit auf die FDP-Wahl wie das arithmetische Mittel der parteispezifischen Effekte erscheint.

Die Befunde zu den Bewertungen der CSU in der Bundesregierung folgen einem deutlich anderen Muster als jene zu CDU und FDP. Offenbar begünstigte eine positive Bewertung der CSU-Arbeit eine Wahlentscheidung zugunsten der AfD, während von CDU-Bewertungen (und tendenziell von FDP-Bewertungen) ein umgekehrter Effekt ausging. Letzteres ist intuitiv plausibel, bedeutet es doch, dass eine Partei für eine gute Leistung belohnt wird. Der Befund zur CSU kann schwerlich als Beleg für performanzorientiertes Wahlverhalten gelesen werden. Eher scheint er darauf hinzuweisen, dass eine positive Haltung zu den Christsozialen, die vergleichsweise konservative und weniger pro-europäische Standpunkte vertreten, Bürger stärker dazu neigen ließ, für die programmatisch ähnlich ausgerichtete AfD zu votieren. Für eine stärker policy- als performanzbezogene Interpretation spricht auch die Tatsache, dass im statistisch weniger konservativen Modell die CSU-Bewertung – anders als Urteile über CDU und FDP – negativ mit der SPD-Wahl zusammenhängt.

4. Schlussbemerkungen

Die Bundestagswahl 2013 beendete die christlich-liberale Koalition unter Angela Merkel nach vier Jahren. Bedenkt man den rapiden Absturz in der öffentlichen Meinung, den die Regierung bald nach ihrem Amtsantritt erlebte, mag diese Abwahl selbstverständlich erscheinen. Wie viele ihrer Vorgängerinnen konnte jedoch auch diese Bundesregierung im Laufe der Legislaturperiode wieder an Ansehen gewinnen, so dass sie kurz vor der Bundestagswahl im September 2013 sogar etwas besser bewertet wurde als kurz nach ihrem Amtsantritt. Bürgerurteile über die Regierungsarbeit sind Momentaufnahmen, weshalb Regierungen nicht frühzeitig abgeschrieben werden oder sich in Sicherheit wiegen sollten. Allerdings zeigt die Erfahrung der FDP in der 17. Wahlperiode, dass Regierungsparteien am Ende einer Legislaturperiode bei den Bürgern nicht notwendig in hohem Ansehen stehen, selbst dann, wenn die Regierung generell keinen schlechten Ruf genießt. Denn Bürger beurteilen die Leistung von Regierungsparteien nicht einheitlich, sondern unterscheiden merklich zwischen Regierungspartnern. Regierungsparteien können daher nicht ohne weiteres damit rechnen, sich im Glanz des Regierungschefs zu sonnen, müssen aber auch nicht fürchten, zwangsläufig für dessen Fehlleistungen haftbar gemacht zu werden.

Regierungsparteien können auf eigene Rechnung handeln, auch mit Blick auf den Wahltag. Denn die Bürger entwickelten nicht nur parteispezifische Urteile über das Regierungshandeln, sondern nutzten diese auch differentiell bei der Wahlentscheidung. Urteile über die gesamte Regierung beeinflussten – im Einklang mit dem „Regierungschef-Modell“ – Wahlverhalten zugunsten der Unionsparteien, nicht jedoch zugunsten der FDP. Dieser Befund legt den Schluß nahe, die Union, nicht aber die FDP habe von dem im Laufe der Legislaturperiode gestiegenen Ansehen der Bundesregierung profitiert. Wie unsere Analysen gezeigt haben, dürfte diese Folgerung der Realität nicht ganz gerecht werden. Denn tatsächlich scheinen vorteilhafte Urteile über die Regierungsparteien den Unionsparteien genützt und der FDP geschadet zu haben; für Urteile über die FDP-Arbeit gilt spiegelbildliches. Mit anderen Worten, jede Regierungspartei hat einen Anreiz, eigenes Ansehen zu erwerben, weil ein schlechter Ruf ihr an der Wahlurne schaden und Regierungspartnern nützen kann. Vor diesem Hintergrund könnte es sich bei Befunden zur generalisierten Regierungszufriedenheit um ein Methodenartefakt handeln, das zu substantiell irreführenden Folgerungen in Bezug auf politische Urteilsbildung und Wahlverhalten von Bürgern einerseits sowie Anreizen im Parteienwettbewerb andererseits führt.

Allerdings können wir auf der Grundlage des betrachteten Falles nicht abschätzen, inwieweit die vorgestellten Befunde verallgemeinert werden können. Einschränkungen ergeben sich aus dem verwendeten Datenmaterial, das aus einer Stichprobe eines offline rekrutierten Online-Panels und nicht aus einer Zufallsstichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung entstammt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolgedessen neben Randverteilungen auch multivariate Zusammenhänge verzerrt geschätzt werden. Daher sollten die vorgestellten Ergebnisse mit Hilfe geeigneter, bei Fertigstellung dieses Manuskripts noch nicht verfügbarer Daten überprüft werden. Darüber hinaus können politische und gesellschaftliche Spezifika der Wahl 2013 die Generalisierbarkeit unserer Ergebnisse einschränken. So war die FDP dauerhaft öffentlicher Kritik ausgesetzt und hatte mit Personalquerelen zu kämpfen, die auch daraus resultierten, dass es ungewiss schien, ob sie in der Lage sein würde, die Fünfprozenthürde zu überwinden und so ihre bundesparlamentarische Existenz zu erhalten. Ebenso ist zu bedenken, dass die europäische Schuldenkrise die öffentliche Aufmerksamkeit in besonderer Weise auf die Regierungschefin gelenkt haben könnte und auch innerhalb der Regierungsparteien, insbesondere aber in der FDP, zu außergewöhnlich starken Spannungen geführt haben könnte. Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass vor der Wahl 2013 Unionsparteien und FDP gewiss keinen idealtypischen Koalitionswahlkampf führten, sondern sehr eigenständig um Wählerstimmen konkurrierten. Schließlich haben wir das Elektorat als homogen betrachtet und damit möglicherweise wichtige Unterschiede in Abhängigkeit von Prädispositionen oder politischer Involvierung übersehen. Die Reichweite dieser Einschränkungen lässt sich nur empirisch ausloten, indem intertemporal und international vergleichende sowie subgruppensensitive Untersuchungen durchgeführt werden. Sie können zeigen, ob ein generalisierbares Muster vorliegt oder unser Befund einen Spezialfall der konditionalen Beziehung zwischen generalisierten und parteispezifischen Performanzbewertungen einerseits und Wahlverhalten andererseits darstellt.

Literatur

- Bundeswahlleiter*, 2013: Wahl zum 18. Deutschen Bundestag, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/.
- Burkhart, Simone*, 2005: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976-2000, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14-38.
- Bytzek, Evelyn*, 2012: Elefantenhochzeiten: Verändern Große Koalitionen die Parteienlandschaft?, in: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt/Main: Campus, 193-210.
- Campbell, Angus/ Converse, Philip E./ Miller, Warren E./ Stokes, Donald E.*, 1960: *The American Voter*. University of Michigan.
- Clarke, Harold D./ Sanders, David/ Stewart, Marianne C./ Whiteley, Paul F.*, 2004: *Political Choice in Britain*. Oxford.
- Clarke, Harold D./ Sanders, David/ Stewart, Marianne C./ Whiteley, Paul F.*, 2009: *Performance Politics and the British Voter*. Cambridge.
- Dinkel, Reiner*, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348-359.
- Faas, Thorsten/ Schoen, Harald*, 2009: Nur eine Frage der Zeit? Eine Analyse zweier Online-Umfragen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005, in: Schoen, Harald/ Rattinger, Hans/ Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): *Vom Interview zur Analyse: Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*. Baden-Baden: Nomos, 343-360.
- Falter, Jürgen W./ Schoen, Harald/ Caballero, Claudio*, 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteidentifikation‘ in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/ Jagodzinski, Wolfgang/ Mochmann, Ekkehard/ Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 235-271.
- Fiorina, Morris P.*, 1981: *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven, London.
- Fisher, Stephen D./ Hobolt, Sara Binzer*, 2010: Coalition Government and Electoral Accountability, in: *Electoral Studies* 29, 358-369.
- Forschungsgruppe Wahlen*, 2013: Politbarometer Legislaturperiode 2009-2013, http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_-_Archiv/#ZufPartner.
- Greene, Steven*, 1999: Understanding party identification: A social identity approach, in: *Political Psychology*, 20, 393-403.
- Hobolt, Sara Binzer/ Karp, Jeffrey*, 2010: Voters and Coalition Governments, in: *Electoral Studies* 29, 299-307.
- Jagodzinski, Wolfgang/ Kühnel, Steffen M.*, 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: Karl Schmitt (Hrsg.): *Wahlen, Parteiliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 5-63.

- Jagodzinski, Wolfgang/ Kühnel, Steffen M.*, 1994: Bedeutungsinvarianz und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“, in: Rattinger, Hans/ Gabriel, Oscar W./ Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt/Main: Peter Lang, 317-367.
- Kedar, Orit*, 2005a: How Diffusion of Power in Parliaments Affects Voter Choice, in: *Political Analysis* 13, 410-429.
- Kedar, Orit*, 2005b: When Moderate Voters Prefer Extreme Parties: Policy Balancing in Parliamentary Elections, in: *American Political Science Review* 99, 185-199.
- Key, Valdimer O.*, 1966: The Responsible Electorate: Rationality in Presidential Voting, 1936-1960. New York.
- Lodge, Milton/ Taber, Charles S.*, 2013: The Rationalizing Voter. Cambridge University Press.
- Miller, Warren E./ Shanks, J. Merrill*, 1996: The New American Voter. Cambridge.
- Mood, Carina*, 2010: Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It, in: *European Sociological Review* 26, 67-82.
- Schoen, Harald*, 2008: Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003, in: Kerstin Völk/ Kai-Uwe Schnapp/ Everhard Holtmann/ Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 63-92.
- Schoen, Harald*, 2010: Die Bürger ziehen Bilanz. Einstellungen zur Großen Koalition und Wahlverhalten 2009, in: Egle, Christoph/ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29-50.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia*, 2005: Der sozialpsychologische Ansatz, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, 187-242.
- Steiner, Nils D./ Steinbrecher, Markus*, 2012: Wirtschaft und Wahlverhalten in Westdeutschland zwischen 1977 und 2007: Wer sind die ökonomischen Wähler?, in: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland: Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 45/2011. Baden-Baden: Nomos, 321-344.
- Trüdinger, Eva Maria/ Bollow, Uwe*, 2011: Andere Zeiten, andere Inhalte. Bedeutungsgehalt und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe Links und Rechts im innerdeutschen Vergleich, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42, 398-418.

Anhang

Operationalisierungen

Leistung der Bundesregierung: „Nun zur derzeitigen Bundesregierung in Berlin. Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP in den letzten vier Jahren eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „völlig unzufrieden“ bis „völlig zufrieden“, rekodiert auf den Wertebereich von -1 bis 1).

Leistung der Regierungsparteien: „Und wenn Sie die Regierungsparteien einzeln betrachten, wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit deren jeweiligen Leistungen in den letzten vier Jahren?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „völlig unzufrieden“ bis „völlig zufrieden“, rekodiert auf den Wertebereich von -1 bis 1).

Leistung der Bundesregierung bei der Schuldenkrise: „Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der europäischen Schuldenkrise?“ (fünfstufige Antwortvorgabe von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“, rekodiert auf den Wertebereich von -1 bis 1).

Parteibindung: „Und jetzt noch einmal kurz zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Aus den Antworten wurden Dummyvariablen für die jeweiligen Parteien und die Personen ohne Parteiidentifikation kreiert.

Links-Rechts-Selbsteinstufung: „In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". (...) Und wie ist das mit Ihnen selbst? Wo würden Sie sich auf der Skala von 1 bis 11 einordnen?“ (rekodiert auf den Wertebereich von -1 bis +1).

Sozial- und Wirtschaftspolitik: Additiver Index (rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1) aus den folgenden Items: „Es gibt zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen unterschiedliche Meinungen. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten. Die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu verringern. Besserverdienende Bürger sollten mehr Steuern bezahlen als bisher.“ (jeweils fünfstufige Antwortvorgabe von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“). „Und nun noch zu zwei weiteren politischen Streitfragen. Zunächst der Themenbereich Steuern und sozialstaatliche Leistungen. Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Welche Politik vertreten Ihrer Meinung nach die Parteien dazu? (...) Und wie ist das bei Ihnen? Wo stehen Sie bei dieser Frage?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“ bis „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“).

Einwanderungspolitik: Additiver Index (rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1) aus den folgenden Items: „Es gibt zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen unterschiedliche Meinungen. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.“ (fünfstufige Antwortvorgabe von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“). „Nun geht es um die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer. Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? (...)Und wie ist das bei Ihnen? Wo stehen Sie bei dieser Frage?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ bis „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“).

Europapolitik: „Es gibt zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen unterschiedliche Meinungen. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? In Zeiten der europäischen Schuldenkrise sollte Deutschland EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.“ (fünfstufige Antwortvorgabe von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“, rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1).

Allgemeine Wirtschaftslage: „Wie beurteilen Sie ganz allgemein die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland?“ (fünfstufige Antwortvorgabe von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“, rekodiert auf den Wertebereich von -1 bis 1).

Kompetenz der Parteien: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Bitte nennen Sie nur das allerwichtigste Problem. Beschränken Sie Ihre Antwort dabei auf maximal 100 Zeichen. Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“ Aus den Nennungen der Lösungskompetenz wurden Dummyvariablen für die Parteien kreiert.

Politikerbewertungen: „Bitte geben Sie nun an, was Sie von einigen führenden Politikerinnen und Politikern halten. Bitte beschreiben Sie dies mit Hilfe der Skala von -5 bis +5.“ Angela Merkel, Peer Steinbrück, Rainer Brüderle, Jürgen Trittin, Gregor Gysi („halte überhaupt nichts von der Person“ bis „halte sehr viel von der Person“, rekodiert auf den Wertebereich von -1 bis +1).

Wahlentscheidung: „Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Was werden Sie bei dieser Bundestagswahl auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen? Sie konnten bei der Briefwahl ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Was haben Sie auf Ihrem Stimmzettel angekreuzt?“

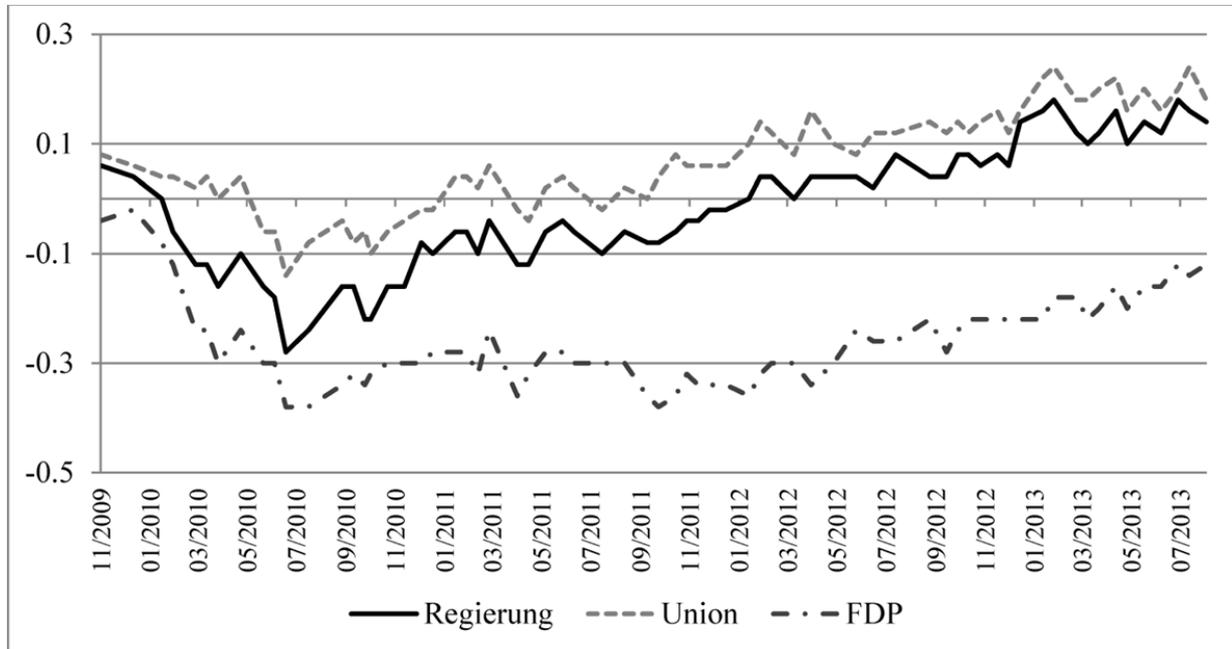
Tabelle: Die Wirkung von Urteilen über die Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierungsparteien auf die Wahlentscheidung 2013 unter Kontrolle anderer Prädiktoren (multinomiale logistische Regression)

	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Zufriedenheit CDU	-0.18 (1.12)	-3.14* (1.28)	-0.83 (1.21)	-1.71 (1.30)	-4.78** (1.75)
Zufriedenheit CSU	-1.68* (0.76)	-1.09 (0.98)	-1.15 (0.79)	-1.97* (0.90)	1.86 (1.03)
Zufriedenheit FDP	-0.22 (0.64)	3.48** (1.05)	-0.19 (0.65)	-0.94 (0.78)	-1.37 (0.85)
CDU/CSU-Kompetenz	-1.07 (0.67)	-0.68 (0.49)	-1.68** (0.64)	-2.13* (1.01)	-2.29* (1.12)
SPD-Kompetenz	2.32* (0.92)	2.15* (1.00)	1.14 (0.99)	-1.12 (1.19)	-0.19 (1.13)
Merkel	-2.08* (0.88)	-0.06 (0.88)	-1.85* (0.89)	-0.91 (1.04)	-0.69 (1.43)
Steinbrück	1.89** (0.53)	0.05 (0.50)	-0.47 (0.56)	-0.53 (0.54)	0.60 (0.61)
Brüderle	-0.22 (0.68)	1.28* (0.62)	-0.17 (0.68)	0.27 (0.80)	-0.99 (0.88)
Trittin	0.83 (0.60)	-0.10 (0.58)	2.48** (0.70)	-0.66 (0.72)	-0.35 (0.73)
Gysi	-0.17 (0.48)	0.28 (0.60)	-0.05 (0.50)	3.41** (0.57)	0.92 (0.63)
CDU/CSU-PID	-1.74 (1.03)	-0.17 (1.52)	-3.35** (0.81)	-3.00** (0.99)	-1.84 (0.98)
SPD-PID	2.10* (0.85)	-0.24 (1.68)	-1.17 (0.82)	-0.08 (0.89)	-1.46 (1.01)
FDP-PID	-1.65 (1.54)	0.88 (1.73)	-1.10 (1.33)	-22.61** (1.71)	-21.05** (1.56)
Keine PID	0.94 (0.84)	0.95 (1.57)	-1.12 (0.92)	-0.69 (0.95)	-0.68 (0.98)
Wirtschafts-/Sozialpolitik	-3.99* (1.60)	1.39 (1.37)	-3.85* (1.64)	-7.60** (1.90)	-1.68 (1.91)
Einwanderungspolitik	-0.22 (1.18)	-1.53 (1.34)	-2.35* (1.19)	-1.71 (1.33)	-2.55 (1.42)
Europapolitik	-1.68 (1.18)	-1.82 (1.15)	-2.04 (1.10)	-0.63 (1.31)	3.88* (1.58)
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0.01 (0.72)	0.43 (0.62)	-0.93 (0.84)	-0.16 (0.68)	0.97 (0.82)
Allgemeine Wirtschaftslage	0.65 (0.71)	-0.49 (0.62)	1.76* (0.86)	1.41 (0.90)	0.59 (0.95)
Konstante	2.89* (1.46)	1.50 (1.71)	6.19** (1.51)	4.75** (1.53)	0.33 (1.65)
-2LL (Nullmodell)	763.6				
Korr. Pseudo-R ² (Mc Fadden)	0.62				
N	606				

Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** p<0.01, * p<0.05. Referenzkategorie der abhängigen Variable: CDU/CSU.

Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Mittlere Zufriedenheit mit der Bundesregierung und den Regierungsparteien, November 2009 bis August 2013 (Wertebereich: -1 bis +1)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer (67 Messzeitpunkte). „Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/ CSU und FDP eher zufrieden oder eher unzufrieden? Bitte beschreiben Sie es wieder mit dem Thermometer von plus 5 bis minus 5. "Plus 5" bedeutet, dass Sie mit den Leistungen der Regierung voll und ganz zufrieden sind. "Minus 5" bedeutet, dass Sie mit den Leistungen der Regierung vollständig unzufrieden sind. Auch hier können Sie mit den Werten dazwischen Ihre Meinung abgestuft sagen. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie also mit den Leistungen... - der Bundesregierung aus CDU/ CSU u. FDP?, - der CDU/ CSU in der Regierung?, - der FDP in der Regierung?“

Abbildung 2: Mittlere Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung, den Regierungsparteien und der Leistung der Bundesregierung bei der Schuldenkrise (auf einer Skala von -1 bis +1)

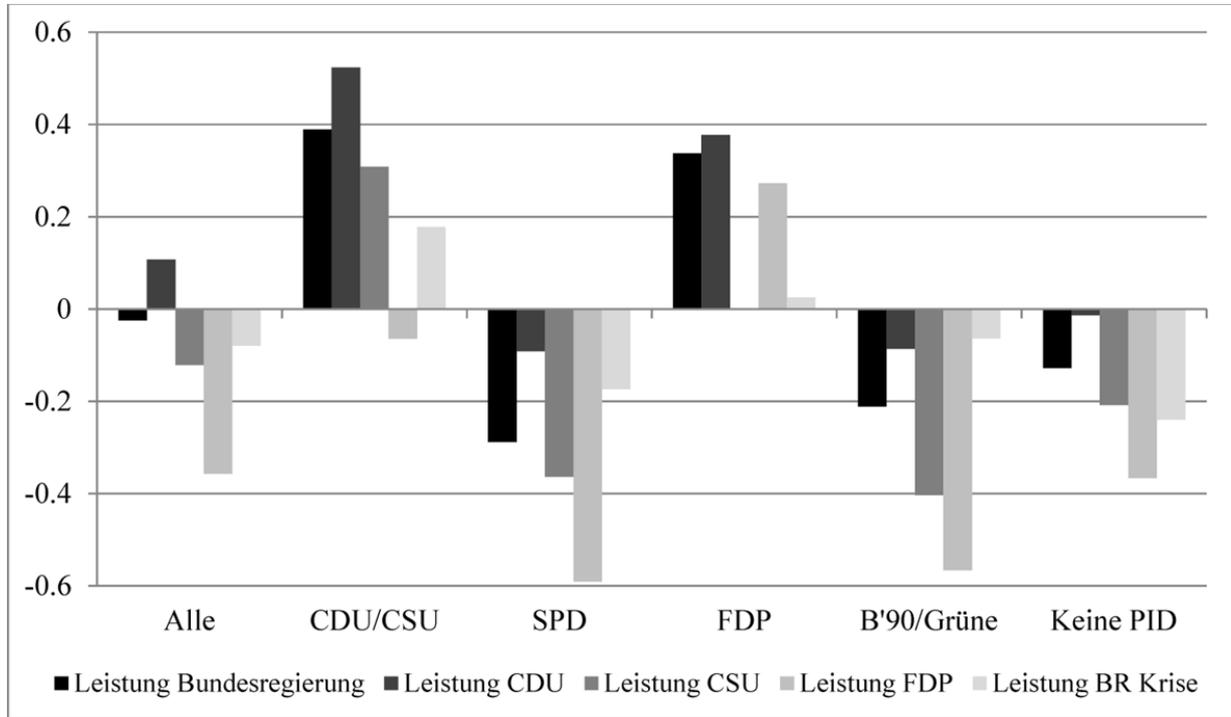


Tabelle 1: Die Wirkung von Urteilen über die Leistung der Bundesregierung auf die Wahlentscheidung 2013 unter Kontrolle anderer Prädiktoren (multinomiale logistische Regression)

	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Leistung Bundesregierung	-2.30* (1.02)	-0.82 (0.74)	-2.56* (1.05)	-3.72** (1.11)	-3.56* (1.80)
CDU/CSU-Kompetenz	-1.45* (0.65)	-0.88 (0.48)	-1.96** (0.62)	-2.35** (0.88)	-2.66* (1.16)
SPD-Kompetenz	1.80* (0.80)	1.35 (0.88)	0.59 (0.86)	-1.50 (1.05)	-0.27 (1.07)
Merkel	-1.09 (0.89)	-0.16 (0.84)	-1.01 (0.88)	-0.53 (1.01)	-0.65 (1.37)
Steinbrück	1.72** (0.53)	0.43 (0.47)	-0.65 (0.54)	-0.79 (0.52)	0.02 (0.63)
Brüderle	-0.37 (0.61)	2.11** (0.52)	-0.24 (0.65)	-0.30 (0.69)	-1.31* (0.66)
Trittin	0.77 (0.59)	-0.43 (0.55)	2.49** (0.65)	-0.66 (0.68)	-0.39 (0.77)
Gysi	-0.33 (0.47)	0.37 (0.46)	-0.13 (0.47)	3.36** (0.56)	1.11 (0.58)
CDU/CSU-PID	-1.85 (0.99)	-0.15 (1.39)	-3.50** (0.74)	-3.17** (0.87)	-1.64* (0.82)
SPD-PID	2.12** (0.78)	0.08 (1.51)	-1.15 (0.75)	-0.30 (0.81)	-1.05 (1.03)
FDP-PID	-1.07 (1.78)	1.93 (1.64)	-1.18 (1.15)	-19.91** (1.61)	-18.85** (1.40)
Keine PID	0.90 (0.78)	1.54 (1.39)	-1.13 (0.84)	-0.92 (0.89)	-0.53 (0.88)
Wirtschafts-/Sozialpolitik	-3.10 (1.60)	1.64 (1.34)	-3.04 (1.59)	-6.60** (1.80)	-0.47 (1.86)
Einwanderungspolitik	-0.37 (1.18)	-2.48* (1.20)	-2.58* (1.19)	-1.48 (1.28)	-1.79 (1.32)
Europapolitik	-2.10 (1.15)	-1.18 (0.91)	-2.62* (1.06)	-1.84 (1.21)	2.11 (1.46)
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-0.48 (0.70)	0.31 (0.61)	-1.19 (0.77)	-0.56 (0.68)	0.52 (0.76)
Allgemeine Wirtschaftslage	1.18 (0.72)	-1.01 (0.66)	2.22* (0.90)	1.61 (0.92)	0.99 (0.89)
Konstante	2.65 (1.41)	0.76 (1.58)	6.01** (1.42)	5.04** (1.41)	0.09 (1.45)
-2LL (Nullmodell)	809.45				
Korr. Pseudo-R ² (Mc Fadden)	0.60				
N	608				

Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** p<0.01, * p<0.05. Referenzkategorie der abhängigen Variable: CDU/CSU.

Tabelle 2: Marginale Effekte der Leistungsbewertungen auf die Wahl der einzelnen Parteien in den konservativen multinomialen Modellen

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
<i>Modell 1 (N=608)</i>						
Leistung Bundesregierung	0.13* (0.05)	-0.00 (0.04)	-0.00 (0.03)	-0.02 (0.04)	-0.05* (0.02)	-0.05 (0.05)
<i>Modell 2 (N=606)</i>						
Leistung CDU	0.14* (0.06)	0.09 (0.05)	-0.11* (0.04)	0.01 (0.05)	-0.02 (0.03)	-0.12** (0.04)
Leistung CSU	0.05 (0.04)	-0.07 (0.04)	-0.03 (0.04)	0.00 (0.04)	-0.05 (0.03)	0.09** (0.03)
Leistung FDP	-0.07* (0.03)	-0.01 (0.03)	0.14** (0.04)	0.01 (0.03)	-0.03 (0.03)	-0.04 (0.02)
<i>Modell 3 (N=602)</i>						
Leistung Bundesregierung bei der Schuldenkrise	0.04 (0.03)	0.04 (0.03)	-0.04 (0.02)	-0.03 (0.03)	0.02 (0.02)	-0.03 (0.02)

Angegeben sind mittlere marginale Effekte mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus:

** p<0.01, * p<0.05.

Tabelle 3: Marginale Effekte der Leistungsbewertungen auf die Wahl der einzelnen Parteien in den weniger konservativen multinomialen Modellen (ohne Kompetenz-zuschreibungen und Politikerbewertungen)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
<i>Modell 1 (N=639)</i>						
Leistung Bundesregierung	0.22** (0.04)	-0.10** (0.03)	0.01 (0.02)	-0.02 (0.03)	-0.05* (0.02)	-0.07** (0.02)
<i>Modell 2 (N=636)</i>						
Leistung CDU	0.21** (0.05)	0.01 (0.05)	-0.10* (0.04)	-0.01 (0.04)	-0.02 (0.03)	-0.10** (0.03)
Leistung CSU	0.11** (0.04)	-0.12** (0.04)	-0.04 (0.03)	-0.01 (0.04)	-0.01 (0.03)	0.07** (0.02)
Leistung FDP	-0.08* (0.04)	0.01 (0.04)	0.15** (0.04)	-0.01 (0.04)	-0.05 (0.03)	-0.04* (0.02)
<i>Modell 3 (N=632)</i>						
Leistung Bundesregierung bei der Schuldenkrise	0.15** (0.03)	-0.02 (0.03)	-0.02 (0.02)	-0.02 (0.03)	-0.01 (0.02)	-0.08** (0.02)

Angegeben sind mittlere marginale Effekte mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus:

** $p < 0.01$, * $p < 0.05$.